

Wolfgang Almus

15712 Königs Wusterhausen
Lindenweg 24 b
Datum: 10.10.2024

An den
Landesvorsitzenden der CDU Brandenburg
Herrn Dr. Redmann
Gregor-Mendel-Str. 3

14469 Potsdam

- vorab per Mail an info@cdu-brandenburg.de -

Potenzielle Kandidatur der Frau Laura Lazarus aus Königs Wusterhausen für den Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Herr Dr. Redmann,

der Presse ist zu entnehmen, dass Frau Laura Lazarus (CDU) aus Königs Wusterhausen -vorbehaltlich der Zustimmung der CDU-Gremien- wohl beabsichtigt, in der kommenden Bundestagswahl für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Das gibt allerdings Anlass zu größter Sorge. Ich wende mich deshalb direkt an Sie als CDU-Landesvorsitzenden, damit Sie mit Ihrem Einfluss eine Kandidatur der Frau Laura Lazarus verhindern.

Alle Volksparteien gewinnen insbesondere durch ihre Arbeit „vor Ort“, also in der Kommunalpolitik, das Vertrauen der Bürger oder verspielen es genau dort, so auch die CDU. Kommunalpolitik betrifft die Bürgerschaft direkt, muss deshalb transparent und für die Bürger nachvollziehbar sein. In der vergangenen Legislaturperiode war Frau Lazarus die gewählte Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung von Königs Wusterhausen, sie ist es (bedauerlicherweise) erneut. Ihre Tätigkeit als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung in der vergangenen Legislaturperiode ist der Grund für meine tiefe Besorgnis. Sie war weder transparent noch plausibel:

Statt ausgleichend Konflikte zwischen einer Partei-übergreifenden „Bündnis“-Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung (SPD-dominiert) und dem seinerzeit amtierenden, mit übergroßer Mehrheit von über 70 % demokratisch gewählten Bürgermeister Ennullat zu managen, hat Frau Lazarus stattdessen Blockade-Maßnahmen dieses Partei-übergreifenden „Bündnisses“ (einschl. CDU-Stadtverordneten) gegen den Bürgermeister Ennullat zumindest geduldet, jedenfalls durch sachlich gebotene Mediationsmaßnahmen nicht verhindert.

Im Juni 2020 war Frau Laura Lazarus als SVV-Vorsitzende aus meiner Sicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aktiv darin eingebunden, dass die Stadtverordnetenversammlung (als Dienstvorgesetzter des Bürgermeisters) in nicht öffentlicher Sitzung unter mehr als dubiosen Umständen den demokratisch gewählten, amtierenden Bürgermeister Ennullat grob rechtswidrig und grob verfahrensfehlerhaft für drei Monate vom Dienst „suspendierte“. Er erhielt für diese drei Monate „Hausverbot“, durfte also das Rathaus nicht betreten. Diese Suspendierungsmaßnahme wurde wegen grober Rechtswidrigkeit später vom zuständigen Verwaltungsgericht selbstverständlich wieder aufgehoben. Trotzdem war und bleibt sie ein grober Verstoß der SVV-Mandatsträger gegen Anstand und Moral, hier insbesondere auch der Frau Laura Lazarus als Vorsit-

zende der Stadtverordnetenversammlung. Eine derartige grob rechtswidrige Disziplinarmaßnahme einer Stadtverordnetenversammlung muss in der Bürgerschaft grundsätzlich tiefe Zweifel an der Funktionalität eines demokratischen Systems säen.

Erschwerend kommt bei Frau Laura Lazarus hinzu, dass sie als (Voll-)Juristin und Bundeswehr-Beamtin auch die sog. „Befähigung zum Richteramt“ besitzt. Sie muss folglich wissen, wie und unter welchen Voraussetzungen disziplinarische Ermittlungen und Maßnahmen gegen einen Beamten durchzuführen sind. Dass damals (wie heute) einige Juristen der Stadtverordnetenversammlung angehören, darunter ein amtierender Richter (CDU), unterminiert in besonderem Maße das Vertrauen der Bürgerschaft in ein demokratisch aufgebautes kommunales Verwaltungssystem. Zutiefst anstandslos und undemokratisch ist es, wenn eine solche eindeutig grob rechtswidrige Disziplinarstrafe (wie eine dreimonatige Suspendierung) trotzdem von der Stadtverordnetenversammlung unter Vorsitz der Frau Laura Lazarus beschlossen wird.


Dass sich der widerrechtlich suspendierte Bürgermeister Ennullat dann auch noch selbst einen Anwalt nehmen musste, um verwaltungsgerichtlich die Rechtswidrigkeit des Suspendierungsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung feststellen zu lassen, lässt diese Angelegenheit noch negativer erscheinen. Schließlich hätte die Kommunalaufsicht des Landkreises Dahme-Spreewald (seinerzeit SPD-dominiert) diesen rechtswidrigen SVV-Beschluss von sich aus unverzüglich aufheben müssen.

Mit welchen Mitteln eine Partei-übergreifende, konspirative Stadträte-Clique in Kooperation mit der damaligen Kommunalaufsicht hinterrücks und heimtückisch gegen den amtierenden, demokratisch gewählten Bürgermeister Ennullat und zwei weitere leitende Rathaus-Mitarbeiter gearbeitet hat, ist der beigefügten Mail des (auch heutigen) Stadtverordneten Schröter/SPD an seine Spießgesellen, darunter Herr Dreher von der CDU, zu entnehmen. Diese konspirative Schröter-Mail gelangte seinerzeit dem Bürgermeister nur zufällig infolge eines „Post-Irrläufers“ zur Kenntnis.

Menschen -wie u. a. Frau Laura Lazarus- fehlt es offensichtlich nicht nur an Anstand, sondern auch an demokratischem Bewusstsein. Sie ist daher grundsätzlich als Mandatsträgerin ungeeignet. Schon gar nicht gehört sie in den Deutschen Bundestag. Weitere Beispiele für -aus meiner Sicht- einseitig-parteiisches Handeln der Frau Lazarus kann ich gerne nachreichen.

Ich bitte Sie daher, mit all den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu verhindern, dass Frau Laura Lazarus nunmehr CDU-Kandidatin für den Deutschen Bundestag wird. Viele Wahlberechtigte unserer Wahlkreise hier in Königs Wusterhausen und umliegenden Kommunen werden auf absehbare Zeit hin die CDU nicht mehr wählen, sollte Frau Lazarus trotz ihrer Fehlhandlungen CDU-Bundestags-Kandidatin werden.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Ahnus

EINGANG

15. Aug. 2019

Bürgermeister

Gesendet: Montag, 12. August 2019 um 12:12 Uhr

Von: "Tobias Schröter" <[REDACTED]>

An: "Georg Hanke" <[REDACTED]>

<[REDACTED]>, dirk.marx <[REDACTED]>, s.lummitzsch <[REDACTED]>, michael.wippold <[REDACTED]> "Michael Reimann" <[REDACTED]>, "Peter Dreher" <[REDACTED]>, "Ludwig Schoetz" <[REDACTED]>, "C. Dorst" <[REDACTED]>

Betreff: Entwurf Antrag Disziplinarverfahren Ennullat

Werte Kollegen,

Ich erlaube mir Euch, die bisher Bereitschaft signalisiert haben das Vorhaben zu unterstützen, gemeinsam in dieser Mail zu schreiben. Ihr habt sicher alle die Dokumente auf [REDACTED] mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Im Hinblick darauf haben wir Entwürfe zur Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Herren Böhm, Klaus und Ennullat erarbeitet. Einige von Euch kennen den Wortlaut bereits. Nach einer mehrstündigen Rücksprache heute Vormittag mit der Kommunalaufsicht und umfassender Beratung durch diese, stellt sich der Sachverhalt etwas anders dar.

Da Herr Klaus kein Beamter ist, können wir kein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten (lassen). Er fällt damit raus. Im Hinblick auf Herrn Ennullat sieht die Kommunalaufsicht allein aus den Dokumenten auf der Webseite keine ausreichenden Anhaltspunkte, sodass sie das Verfahren sofort wieder einstellen würde. Gegen Herrn Böhm bestehen die selben Bedenken. Kurzum dürfte unser ursprüngliches Vorhaben wenig Aussicht auf Erfolg haben. Der Schaden durch geschaltete Anträge wäre meines Erachtens viel zu groß.

In den Gesprächen mit der Kommunalaufsicht wurde aber deutlich, dass sich im Zusammenhang mit der Klage gegen den Landkreis wegen der Kreisumlage ausreichend Anhaltspunkte für gleich mehrere Dienstvergehen ergeben. Wir haben die Vorlage ja mehrheitlich abgelehnt - trotzdem steht sie jetzt wieder auf der Tagesordnung. Ihr könnt dies der Begründung entnehmen. Ich schlage deshalb vor, dass wir uns zunächst auf diesen Sachverhalt konzentrieren. Die Erfolgsaussichten dürften hier sehr hoch sein. Dass wir uns in dem Antrag auf diesen Sachverhalt stützen heißt außerdem nicht, dass alles andere außen vor bleibt. Die Kommunalaufsicht kann nämlich jederzeit das Verfahren ausweiten - ohne weiteren Antrag - und damit auch die Vorgänge rund um die Dokumente einbeziehen. Dafür brauchen wir aber weitere Anhaltspunkte, die wir durch gezielte Anfragen herausfinden können.

Ich sende Euch daher im Anhang den neuen Antragstext und bitte Euch um Rückmeldung bis spätestens morgen Abend. Bitte besprecht mit Euren Fraktionen - soweit möglich -, ob ihr diesen Antrag mit einreichen wollt. Spätestens Mittwoch muss ich gegenüber der Vorsitzenden bzw. agv den Tagesordnungspunkt benennen. Den Antrag können wir später nachreichen, sodass weitere Korrekturen am Wortlaut möglich bleiben. Die Kommunalaufsicht wird den Antrag auch kritisch prüfen.

Soweit ihr Rückfragen habt ruft mich gern unter [REDACTED] an. Ich hoffe auf Eure Unterstützung und freue mich auf Eure Rückmeldungen. Bitte behandelt dieses Vorhaben ansonsten vertraulich und thematisiert dies auch nicht in der Sitzung des Hauptausschusses heute Abend.

Freundliche Grüße

Tobias Schröter